

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/5830

"Verantwortung für Bayerns Universitätskliniken: Investitionen sicherstellen, Zusagen einhalten!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/5830 vom 18.03.2025
2. Beschluss des Plenums 19/5855 vom 19.03.2025
3. Plenarprotokoll Nr. 45 vom 19.03.2025



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Holger Grießhammer, Ruth Waldmann, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Markus Rinderspacher, Arif Taşdelen, Dr. Simone Strohmayr, Nicole Bäumler, Katja Weitzel, Horst Arnold, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Sabine Gross, Ruth Müller, Harry Scheuenstuhl und Fraktion (SPD)**

Verantwortung für Bayerns Universitätskliniken: Investitionen sicherstellen, Zusagen einhalten!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

1. ihrer Verantwortung für die Universitätskliniken in Bayern gerecht zu werden und die notwendigen Gelder für Investitionen bereitzustellen,
2. den Ausbau und die Modernisierung der Universitätskliniken zügig voranzutreiben, um eine qualitativ hochwertige und flächendeckende Gesundheitsversorgung sicherzustellen,
3. dem Landtag über laufende und geplante Modernisierungs- und Bauprojekte im Bereich der Universitätskliniken, insbesondere über deren Fortschritt und Finanzierung, zu berichten. Dabei soll vor allem auf folgende Unikliniken eingegangen werden:
 - Universitätsklinikum Augsburg: Gesamtneubau
 - Universitätsklinikum Würzburg: Neubau der Kopfkliniken und des Zentrums Frauen-Mutter-Kind
 - Universitätsklinikum Regensburg: Generalsanierung und CITO-Forschungsbau für die Immunmedizin

Begründung:

Die Universitätskliniken in Bayern sind das Rückgrat der medizinischen Forschung und als Maximalversorger ein wichtiger Teil der medizinischen Versorgung im Freistaat. Sie bieten die ganze Breite spezialisierter Behandlungen an und sind für die Gesundheitsversorgung von entscheidender Bedeutung. Allerdings besteht dringender Handlungsbedarf, da viele Gebäude veraltet und dringend sanierungsbedürftig sind. Komplexe müssen erweitert oder neu gebaut werden, um den steigenden Anforderungen an eine moderne Gesundheitsversorgung gerecht zu werden.

Ein Beispiel für diesen Handlungsbedarf sind die Gebäude der Kopfkliniken der Universitätsklinikums Würzburgs, die aus den 1970er-Jahren stammen, sowie die Frauenklinik aus den 1930er-Jahren. Diese müssen dringend durch Neubauten ersetzt werden, um eine qualitativ hochwertige Versorgung sicherzustellen. Obwohl der Freistaat über beträchtliche Rücklagen verfügt, gibt es jedoch Unklarheiten bei der Finanzierung dieser Bauvorhaben. Dies gilt auch für die Großprojekte der Universitätskliniken in Augsburg und München-Großhadern.

Trotz erheblicher Rücklagen will die Staatsregierung nun sparen, um ein Loch im nächsten Doppelhaushalt 2026/2027 zu verhindern. Der Vorschlag, die Baumaßnahmen in eine Baugesellschaft auszulagern, ist jedoch nicht mehr als haushaltspolitischer Verschiebebahnhof, der am Ende keinen einzigen Cent einspart. Ein weiterer Sparvorschlag, nämlich die Einsparung medizinischer Sparten und Leistungen am Universitätsklinikum Würzburg, gefährdet die Gesundheit von über einer Million Menschen, die auf eine medizinische Maximalversorgung angewiesen sind.

Die Staatsregierung muss ihrer Verantwortung gerecht werden und ausreichend Gelder für alle Universitätskliniken in Bayern bereitstellen, um eine hochwertige und flächen-deckende Gesundheitsversorgung sicherzustellen. Hierzu muss die Staatsregierung konkrete und verbindliche Finanzierungspläne vorlegen und die zugesagten Investitionen zeitnah umsetzen. Nur so können die Universitätskliniken ihre wichtige Rolle in der medizinischen Forschung und Versorgung weiterhin erfüllen.



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Ruth Waldmann, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Markus Rinderspacher, Arif Taşdelen, Dr. Simone Strohmayer, Nicole Bäumler, Katja Weitzel, Horst Arnold, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Sabine Gross, Ruth Müller, Harry Scheuenstuhl und Fraktion (SPD)

Drs. 19/5830

Verantwortung für Bayerns Universitätskliniken: Investitionen sicherstellen, Zusagen einhalten!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner
Abg. Volkmar Halbleib
Abg. Prof. Dr. Winfried Bausback
Abg. Dr. Stephan Oetzinger
Abg. Andreas Winhart
Abg. Bernhard Pohl
Zweiter Vizepräsident Alexander Hold
Abg. Kerstin Celina

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 6** auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Vorab gebe ich bekannt, dass zu dem Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Nein zum Schuldenpaket im Bundesrat: Kein Aufweichen der Schuldenbremse und kein Klimaschutz ins Grundgesetz!" auf der Drucksache 19/5833 namentliche Abstimmung beantragt wurde.

Zur Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Ruth Waldmann,

Volkmar Halbleib u. a. und Fraktion (SPD)

Verantwortung für Bayerns Universitätskliniken: Investitionen sicherstellen,

Zusagen einhalten! (Drs. 19/5830)

Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Kollegen Volkmar Halbleib das Wort.

Volkmar Halbleib (SPD): Frau Präsidentin, sehr geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Die Universitätsklinika im Freistaat Bayern sind ein verlässlicher und leistungsfähiger Garant für Spitzenmedizin und maximale stationäre Gesundheitsversorgung für die bayerische Bevölkerung und weit darüber hinaus. Das ist gut so, und das soll und muss so bleiben; aber diese Verlässlichkeit und die Rahmenbedingungen sind leider mittelfristig an wichtigen Punkten gefährdet, weil die dringend erforderliche bauliche, technische und medizinische Ertüchtigung und Erneuerung der Universitätsklinika auf eine immer längere Bank geschoben werden.

Alle bayerischen Universitätsklinika sind davon betroffen. An drei Beispielen wird das besonders deutlich: Es geht um den Finanzierungsbedarf für die Universitätsklinik Augsburg, geschätztes Invest zwischen 2 und 3 Milliarden Euro; es geht um die Ertüchtigung und Erneuerung des Klinikums Großhadern, geschätzter Finanzierungsbedarf bei circa 4 Milliarden Euro; und es geht bei der Universitätsklinik Würzburg um

den dringend erforderlichen Erweiterungsbau für den Bereich der Kopfklinik und der Mutter-Kind-Klinik – geschätzte Investitionskosten 3 Milliarden Euro.

Ich könnte noch andere Projekte aufzählen; aber allein diese drei drängenden Projekte belaufen sich auf eine Investitionssumme von über 10 Milliarden Euro. Deswegen will ich Ihnen an einem Beispiel, das mir besonders am Herzen liegt, nämlich der Universitätsklinik Würzburg, deutlich machen, dass wir in der Zeitschiene immer weiter nach hinten geraten.

Die bisherige Planung des Freistaats war es, die Klinikerweiterung in zwei Bauabschnitten, im ersten Bauabschnitt bis zum Jahr 2030 mit 274 Betten für die Augen- und Hals-Nasen-Ohrenklinik, Frauenklinik und Perinatalzentrum zu schaffen. Bis 2030! Baubeginn sollte dieses Jahr sein. Jetzt wird klar, dass dieser Zeitplan schon massiv ins Rutschen gekommen ist. Der erste Bauabschnitt soll fruestens 2036, also sechs Jahre später, übergeben werden. Von den weiteren Maßnahmen, die dringend erforderlich sind, ist noch gar keine Rede.

Wir geraten in die Gefahr, dass wir in die bestehenden Klinika, die abgelöst werden sollen, Millionenbeträge hineinstecken müssen, damit diese überhaupt im Bestand erhalten werden können, bis die Neueröffnung möglich ist. Es kommen Mehrkosten bei den Neubauten auf uns zu.

Die Staatsregierung und die Regierungsfraktionen haben bislang keinen Finanz- und Zeitplan vorgelegt, wie diese großen Klinikinvestitionen umgesetzt werden sollen. Im Gegenteil: Die zugesagten Zeitpläne geraten ins Wanken. Das Gleiche gilt auch für die Pläne einer Baugesellschaft, deren Hauptziel es ist, das bisherige Verbot der Nettokreditaufnahme trickreich zu umgehen, es aus dem Staatshaushalt herauszunehmen, obwohl es genau dort hineingehört, Kliniken zu errichten und dann an den Freistaat zurück zu verpachten. Das ist ein reiner finanzpolitischer Verschiebebahnhof und eine Umgehung der Schuldenregeln. Durch die Neustrukturierung dieser Bauge-

sellschaft sind keine Einsparungen zu erwarten, eher Verteuerungen, weitere Verzöge-
rungen und Risiken.

Dazu kommt ein Streit zwischen den Regierungspartnern bezüglich dieser Frage, der mittlerweile notorisch geworden ist. Lesen Sie bitte im Pressebericht der "Augsburger Allgemeinen" vom 23. Dezember des vergangenen Jahres die Äußerungen des geschätzten Kollegen Bernhard Pohl nach: Er sei skeptisch gegenüber den Plänen von Wissenschaftsminister Blume. Man müsse beim Bauen von den Kosten runter, "sonst fahren wir gegen die Wand." Auf die Uniklinika-Projekte müsse man "noch einmal kritisch draufschauen, ob wir nicht die Doppelstrukturen aufbauen, die wir an anderer Stelle schon haben." – Das schaut nicht nach einer raschen Umsetzung aus, sondern eher nach dem Gegenteil.

(Beifall bei der SPD)

Wir fordern die Staatsregierung deshalb auf, den Ausbau und die Modernisierung drin-
gend und drängend voranzutreiben, endlich Zeit- und Finanzierungspläne vorzulegen,
die durch die Reform der Schuldenbremse in Bund und Ländern gewonnenen finan-
ziellen Spielräume jetzt zu nutzen, um die Finanzierung dieser wichtigen Klinikprojek-
te im Haushalt des Freistaats Bayern sicherzustellen, und über all dies auch dem
Landtag zeitnah und ausführlich zu berichten, damit wir endlich vorankommen und
weder einen haushalterischen noch einen zeitlichen Verschiebebahnhof bekommen.
Wir müssen dringend in die Versorgung unserer Bevölkerung investieren.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege Halbleib, es liegt eine Meldung zu einer Zwi-
schenbemerkung des Kollegen Prof. Winfried Bausback vor.

Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Verehrter Herr Kollege Halbleib, wir sind uns
ja über die Notwendigkeit einig, die Kopfklinik zu sanieren. Was ich aber nicht verste-
he und ein bisschen für Panikmache halte, ist, dass Sie in Ihrer Begründung Ihres

Antrags schreiben, ein weiterer Sparvorschlag, nämlich die Einsparung medizinischer Sparten und Leistungen am Universitätsklinikum Würzburg, gefährde die Gesundheit von über einer Million Menschen.

Wenn ich das lese, muss ich feststellen, dass mir ein solcher Sparvorschlag nicht bekannt ist. Die Leistungen der HNO- und Augenklinik, der Gesichtschirurgie, der Neurologie und Neurochirurgie sowie der Frauen-, Kinder- und Jugendmedizin werden derzeit angeboten und werden auch in dem geplanten neuen Kopfklinikum und im Mutter-Kind-Zentrum angeboten und verortet. Insoweit ist Ihre Begründung einfach Panikmache. Ich würde schon darum bitten, dass man etwas vorsichtiger damit umgeht; denn es geht in der Tat um ein wichtiges Versorgungszentrum, nicht nur für die Region um Würzburg, sondern weit darüber hinaus.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Volkmar Halbleib (SPD): Danke für die Frage. Erstens. Wir sind weit von einer Panikmache entfernt. Die Realität dieser zeitlichen Verschiebung ist allein schon ein riesiges Problem, weil die Infrastruktur der bisherigen Klinik nicht gesichert bis zum neuen Eröffnungstermin hält. Das ist bekannt. Wir müssen 100 Millionen dort hineinstecken, damit sie überhaupt so lange hält. Das ist der erste Punkt.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Die Frage war eine andere!)

– Ich antworte Ihnen, wenn Sie mir zuhören. – Zweitens sollten Sie vielleicht einmal innerhalb der Regierungsfraktionen abklären, was der Kollege Pohl damit meint, dass keine Doppelstrukturen geschaffen werden sollten. Es kann doch nur darauf hinauslaufen, dass Leistungen, die bisher an einer Uniklinik erbracht worden sind, künftig nicht mehr erbracht werden, weil sie an einer anderen Uniklinik erbracht werden. Das ist doch der Punkt, dass Reduzierungen stattfinden sollen. Das waren die Ideen und die Vorschläge, die Herr Kollege Pohl in die Debatte eingebracht hat, die in der Regierungsfraktion anscheinend nicht zu Ende geführt und nicht geklärt ist.

Wenn Sie sich über Panikmache beschweren wollen, dann beschweren Sie sich bei Ihrem geschätzten Koalitionskollegen Bernhard Pohl.

(Michael Hofmann (CSU): Er hat es nicht geschrieben!)

Er hat in die Welt gesetzt, dass wir Strukturen an den einzelnen Uniklinika streichen und an anderer Stelle ausreichend Strukturen vorhanden sind. Genau diesen Punkt spreche ich damit an. Vielleicht klären Sie das mal intern, wie alle anderen Fragen auch.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, jetzt war die Zeit bereits vorüber.

Volkmar Halbleib (SPD): Ich versuche nur, eine Antwort zu geben.

Präsidentin Ilse Aigner: Das kann man auch in einer Minute machen. – Als Nächster hat Herr Kollege Dr. Oetzinger für die CSU-Fraktion das Wort.

Dr. Stephan Oetzinger (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, werter Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Gerade mit Blick auf den Titel des heutigen Dringlichkeitsantrags der SPD-Fraktion möchte ich eingangs eines betonen: Meine Damen und Herren, Bayern und die Regierungsfraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER übernehmen Verantwortung für die sechs bayerischen Universitätsklinika.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Volkmar Halbleib (SPD):
Etwas anderes darfst du auch nicht sagen!)

Lieber Kollege Halbleib, uns ist bewusst, dass wir sowohl Spitzenversorgung im Gesundheitsbereich und im Gesundheitswesen, Spitzenausbildung für unsere künftigen Medizinerinnen und Mediziner als auch Spitenforschung an diesen sechs bayerischen Universitätsklinika haben. Wir haben das auch in den letzten Jahren immer wieder durch Maßnahmen, durch Investitionen, aber auch durch die Schaffung optimale

ler Rahmenbedingungen deutlich gemacht. Wir haben in den letzten Jahren durch die Medizincampus in Niederbayern, in Oberfranken und durch das neue Universitätsklinikum in Augsburg über 2.700 zusätzliche Studienplätze im Bereich der Humanmedizin geschaffen, sodass wir in Zukunft über 19.000 Plätze in Humanmedizin anbieten können.

Gleichzeitig haben wir auch rechtliche Rahmenbedingungen geschaffen; zum einen durch rechtliche Strukturen mit der "M1 – Munich Medicine Alliance", um alle Münchner Player im Bereich der Universitätsmedizin unter einem Dach zusammenzufassen; zum anderen haben wir das neue Universitätsklinikagesetz auf den Weg gebracht, das, lieber Robert Brannekämper, Rahmenbedingungen dafür schafft, dass wir neue Wege beim Bauen gehen können. Wir haben die kleine Baumaßnahme auf einen Rahmen von 10 Millionen Euro erhöht und gleichzeitig die Option eröffnet, dass wir künftig bei unseren Uniklinika die Bauherreneigenschaft übertragen können. Gleichzeitig haben wir auch hier bereits die Möglichkeit eröffnet, dass sich diese für Baumaßnahmen am Kreditmarkt bedienen können – das alles mit dem Ziel, dass wir dort schneller und agiler werden, gerade wenn es um den Bau und die Realisierung von solchen Maßnahmen geht.

Wir haben uns als CSU-Fraktion in den letzten Jahren aber auch intensiv mit der Frage auseinandergesetzt, welche Modelle und welche künftigen Finanzierungsformen es alternativ zur Finanzierung aus dem Kernhaushalt bzw. durch die Übernahme der Bauherreneigenschaft durch unsere Universitätsklinika geben kann. Lieber Robert Brannekämper, lieber Winfried Bausback, wir haben uns damals unter anderem gemeinsam in Österreich, in Wien, die Bundesimmobiliengesellschaft angeschaut, die ein Musterbeispiel dafür sein kann, wie man Baumaßnahmen günstig mit einer entsprechenden Baugenossenschaft umsetzen kann.

Liebe Barbara Becker, wir haben gestern im Haushaltsausschuss einen Bericht des Staatsministers Markus Blume gehört, der sich gerade mit diesem Thema der Baugenossenschaft auseinandergesetzt hat. Er prüft jetzt, welche Optionen, welche Möglich-

keiten eine solche Baugenossenschaft bieten würde, zum einen, um Dinge außerhalb des Staatshaushaltes zu finanzieren, zum anderen, welche weiteren Vorteile daraus entstehen könnten, wenn man mit einer Baugenossenschaft baut und solche Uniklinika-Baumaßnahmen, die ja entsprechend teuer sind, umsetzen würde. Staatsminister Blume hat betont, dass er darüber nach Abschluss und nach Vorliegen dieses Gutachtens im Haushaltausschuss berichten wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das alles tun wir deshalb, weil uns der gewaltige Investitionsbedarf im Bereich unserer Uniklinika bewusst ist und wir diesen auf dem Schirm haben. Wir bauen und planen praktisch an allen sechs Standorten bayerischer Universitätsklinika. In den vergangenen drei Jahren flossen 1,1 Milliarden Euro in Baumaßnahmen an diesen Einrichtungen. Lieber Herr Ministerpräsident, vor wenigen Tage fand beispielsweise die Grundsteinlegung in der Haunerschen Kinderklinik in München-Großhadern statt, eine Baumaßnahme mit einem Bauvolumen von 600 Millionen Euro. Lieber Winfried Bausback, liebe Andrea Behr, wir treiben die Planungen in Würzburg voran, wo man jetzt die Grundsatzentscheidung für ein Neubaukonzept getroffen hat; derzeit ist auch die Projektunterlage in Vorbereitung. Im Bereich der Strahlentherapie und der Palliativeinheiten werden dort 113 Millionen Euro investiert. – Liebe SPD-Fraktion, es kann also meines Erachtens keine Rede davon sein, dass man hier bestimmte medizinische Sparten oder Leistungen einsparen möchte. Dazu stehen wir auch als CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Lieber Andreas Jäckel, lieber Leo Dietz, des Weiteren gehen wir an die schnelle Umsetzung der Realisierung des neuen Universitätsklinikums in Augsburg. Die Entscheidung zum Neubau wurde bereits 2023 getroffen. Das entsprechende Raum- und Funktionsprogramm ist im Januar durch das Ministerium genehmigt worden. Der entsprechende Projektantrag für den Neubau soll bis Ende dieses Jahres vorgelegt werden.

Lieber Kollege Eberwein, lieber Patrick Grossmann, ebenso ist man in Regensburg auf einem guten Weg, die notwendige Generalsanierung durch den Masterplan umzusetzen und das Ganze Zug um Zug zu realisieren, und gleichzeitig wurden erst in den letzten Wochen die einzelnen Teilbaumaßnahmen bei der Projektfreigabe für den CITO-Forschungsbau erteilt.

Meine Damen und Herren, sowohl die "Highmed Agenda Bayern", die Gründung der "M1 – Munich Medicine Alliance", die Novelle des Universitätsklinikagesetzes in der letzten Wahlperiode und auch die Prüfung der Baugenossenschaft sind alles Beispiele dafür, dass Bayern sich der zentralen Bedeutung seiner Universitätsklinika bewusst ist und diese Spitzenposition nicht nur halten, sondern weiter ausbauen möchte. Gerade vor dem Hintergrund des gestrigen Berichts, den Staatsminister Blume im Haushaltsausschuss gegeben hat, wird deutlich, dass der SPD-Antrag vieles sein mag, aber mit Sicherheit nicht dringlich. Er ist nicht von gestern, sondern er ist sprichwörtlich von vorgestern. Wir lehnen den Antrag ab.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Präsidentin Ilse Aigner: Für eine Zwischenbemerkung erteile ich dem Kollegen Volkmar Halbleib das Wort.

Volkmar Halbleib (SPD): Geschätzter Kollege Dr. Oetzinger, das Problem ist doch, dass die Staatsregierung ihren eigenen Zeitplänen hinterherhinkt. Wenn von Hinterherhängen die Rede ist, dann trifft es genau den Punkt, danke für das Stichwort.

Können Sie mir sagen, warum die für Herbst 2024 vorgesehene Ministerratsbefassung mit Würzburg ausgeblieben ist, und können Sie mir sagen, warum die schon terminierte Befassung im Haushaltsausschuss bezüglich der Projektunterlage nicht erfolgt ist, wann sie erfolgt und wann wir einen Zeit- und Finanzierungsplan, in dem Fall für das Universitätsklinikum Würzburg, bekommen, aber auch für alle anderen Projekte? Können Sie mir das sagen, da Sie hier schon etwas schneidig auftreten? – Das sei Ihnen zugestanden; aber wir brauchen als Landtag endlich einmal Zahlen, Daten,

Fakten. Fakt ist, dass wir in Würzburg deutliche Verzögerungen haben, die insgesamt das Projekt schon sehr schwierig machen, insbesondere was das Durchhalten der Bestandskliniken betrifft.

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege Oetzinger, bitte.

Dr. Stephan Oetzinger (CSU): Werter Kollege Halbleib, lieber Volkmar! Ich glaube, es ist deutlich geworden, dass man jetzt die Grundsatzentscheidung für den Neubau getroffen hat, dass man derzeit in der Vorbereitung der entsprechenden Projektunterlage ist. Es ist auch zugesagt, dass der Minister genau zu diesen Themen im Ausschuss berichten wird. Ich glaube, damit ist insbesondere das, was den Berichtsteil angeht, den der Antrag widerspiegelt, überholt, und ich denke, dass man hier auf einem sehr guten Weg ist, diese Dinge in einem positiven Sinne für die sechs Uniklinika in Bayern abzuarbeiten.

(Beifall bei der CSU sowie der Abgeordneten Roswitha Toso (FREIE WÄHLER))

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster spricht der Kollege Andreas Winhart für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Andreas Winhart (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben die Überschrift des Dringlichkeitsantrags alle gelesen und haben uns als Allererstes eigentlich gedacht: Da geht es jetzt bestimmt um die Kriegstüchtigkeit unserer Universitätsklinika; aber nein: Es geht genau um das, was wir bereits am Dienstag im Haushaltsausschuss zum Nachtragshaushalt besprochen haben. Es ist nichts Neues dabei.

Und was fehlt wieder? – Es fehlt die klare Definition: Woher soll das Geld kommen? – Deswegen frage ich Sie einmal ganz direkt: Woher kommt denn das Geld? Kommt es aus dem Haushalt oder aus einem Sondervermögen oder aus neuen Schulden, wenn es darum geht, die notwendigen Gelder für Investitionen bereitzustellen?

Sie haben drei konkrete Beispiele genannt. Die wurden alle im Ausschuss besprochen. Ich weiß nicht, wie man auf die Idee kommt, so einen Dringlichkeitsantrag hier zu stellen, meine Damen und Herren. Es ist auch wichtig, einmal zu sagen, woher das Geld kommen soll.

(Volkmar Halbleib (SPD): Zuhören erleichtert, auch bei der AfD!)

Wollen Sie Schulden machen? Kommt das Geld aus dem Haushalt? – Das alles ist hier kein Wunschkonzert, werte Kollegen von der SPD.

Dann geht es in der Begründung Ihres Antrags weiter. Da steht drin: "Trotz erheblicher Rücklagen will die Staatsregierung nun sparen, [...]."

Erstens. Wenn man Schulden aufnehmen will, braucht man eine gewisse Substanz. Ich will Sie da jetzt nicht auf dumme Gedanken bringen, aber das ist einfach so.

Zweitens. Ich bin kein Freund der Staatsregierung, aber ich bin ein Freund solider Finanzen, meine Damen und Herren.

(Volkmar Halbleib (SPD): Was ist denn Ihr Vorschlag?)

Was Ihre Partei im Moment in Berlin veranstaltet, will ich hier in Bayern nicht haben.

(Beifall bei der AfD)

Dann können wir weitermachen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Was ist Ihr Vorschlag für die Finanzierung?)

– Ja, Herr Halbleib, das Fass hat einen Boden, und der Boden ist da, wo die steuerliche Belastbarkeit von Bürgern und Unternehmen durch ihre Steuerabgaben ein Ende findet. Den Punkt haben Sie längst überschritten. Sie brauchen fremdes Kapital in rauen Mengen,

(Volkmar Halbleib (SPD): Sie brauchen Eigenkapital wie jeder Investor!)

Billionen, Milliarden von Euro, keine Ahnung, wie viel. Auf jeden Fall brauchen Sie sehr viel Geld. Raus mit der Kohle – das ist Ihr Programm. Das bekommen alle hin. Wie es richtig geht, sagen wir Ihnen.

Dann machen wir beim nächsten Absatz weiter: "Die Staatsregierung muss ihrer Verantwortung gerecht werden [...], um eine hochwertige und flächendeckende Gesundheitsversorgung sicherzustellen", meine Damen und Herren. Ja, die Universitätsklinika machen da maximal mit als Maximalversorger. Sie haben aber auch einen anderen Auftrag, nämlich schlicht und ergreifend die Forschung. Das haben Sie hier komplett unterdrückt.

Meine Damen und Herren, für eine flächendeckende Versorgung brauchen wir die kleinen Landkrankenhäuser, denen Ihr Gesundheitsminister Herr Lauterbach gerade den Garaus macht. Wir wollen die kleinen Landkrankenhäuser für eine flächendeckende Versorgung im ländlichen Raum erhalten und nicht nur auf die großen Maximalversorger setzen. Sie sind, was das angeht, auf dem völlig falschen Weg. Von daher lehnen wir Ihren Antrag selbstverständlich ab.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Für die FREIEN WÄHLER spricht als Nächster der Kollege Bernhard Pohl.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bevor man über mich spricht, spreche ich am besten selber, Kollege Halbleib, dann können wir alle Interpretationsfragen hier multilateral klären.

(Volkmar Halbleib (SPD): Die müssen Sie mit Ihrem Koalitionspartner besprechen!)

Ich fand es hochspannend, als ich diesen Dringlichkeitsantrag gelesen habe: Die SPD muss uns darauf aufmerksam machen, dass wir unserer Verantwortung gegenüber den Universitätsklinika gerecht werden.

(Volkmar Halbleib (SPD): So schaut es aus!)

– Na ja, jetzt sage ich einmal: Der Freistaat Bayern existiert schon einige Jahre. Die Kollegen der CSU haben mit einer kurzen Ausnahme seit dem Krieg durchgehend regiert. Wir regieren jetzt auch schon einige Jahre mit.

(Zuruf der Abgeordneten Anna Rasehorn (SPD))

Die Existenz der Universitätsklinika steht außer Frage. Stellen Sie sich vor: Es gibt sie immer noch. Und dann fragen Sie, ob wir unserer Verantwortung gerecht werden. Da würde ich sagen: Die Realität holt Sie ein. Selbstverständlich werden wir unserer Verantwortung gerecht und sind ihr auch in der Vergangenheit gerecht geworden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Und dann fordern Sie eine "flächendeckende Gesundheitsversorgung". Jetzt nennen Sie mir einmal ein Flächenland in dieser Republik, wo die Dichte an Universitätsklinika noch größer ist als in Bayern.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Hört, hört!)

Wir haben jetzt sechs Universitätsklinika. Der Freistaat ist abgedeckt; aber Sie sagen dann, Sie wollen, dass wir unserer Verantwortung für die medizinische Versorgung gerecht werden. Dann muss ich schon einmal fragen, ob Sie die alte Metropolenpolitik wieder auflieben lassen wollen und sagen: Was auf dem Land passiert, interessiert uns nicht.

(Widerspruch des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

– Na ja, ein Unterfranke wie Kollege Halbleib kann jetzt natürlich sagen: Wer in der Rhön ist, der kann nach Thüringen; wer in Aschaffenburg ist, kann nach Hessen; wer in Hof ist, kann nach Sachsen.

(Widerspruch des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Das ist nicht unsere Art, Politik zu machen. Wir brauchen eine flächendeckende Versorgung. Ein Mensch in Hof ist genauso viel wert wie ein Mensch in München, zumindest nach Ansicht der FREIEN WÄHLER und der CSU.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Sie können unbesorgt sein. Alle Ihre Forderungen werden von uns selbstverständlich umgesetzt.

Kollege Halbleib, wir kennen uns nun mittlerweile schon 16 Jahre lang. Sie sind Haushälter, ich bin Haushälter. Ich frage Sie, ob Sie im Hinblick auf die Universitätsklinika das übernehmen, was der künftige Bundeskanzler Friedrich Merz, völlig zu Recht übrigens, zur Landes- und Bündnisverteidigung ausgegeben hat. Er sagte: Whatever it takes. Wenn das so ist, dann sage ich: herzlichen Glückwunsch! Aber dann können wir uns komplett von seriöser Haushaltspolitik verabschieden, weil das "Whatever it takes" nämlich auch noch für fünf, sechs oder sieben andere Bereiche zuträfe. Falls Sie nicht selber Geld drucken wollen und keine Inflation anheizen wollen – was wir alle nicht wollen –, dann sollten Sie mir erzählen, wie das gehen soll. Sie können natürlich alles an private Investoren – vielleicht sogar noch an welche aus den USA – verscherbeln. Das könnte man machen; aber das ist nicht die Politik der Bayerischen Staatsregierung und der sie tragenden Fraktionen, um das deutlich zu sagen. Wenn die SPD plötzlich auf der Privatisierungswelle reiten sollte, dann sagen Sie uns das. Wir werden darauf reagieren. Unsere Linie ist: Wir wollen seriöse und stabile Haushaltspolitik. Das ist unser wichtigster Punkt.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

– Herr von Brunn, wir hatten das Ganze mit dem Wurstvorrat. Ich muss darauf nicht noch einmal eingehen. Ich weiß, auf welcher Ebene Sie unterwegs sind. Wir sind auf einer anderen Ebene unterwegs. Wie lehnen Ihren Dringlichkeitsantrag ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege Pohl, Sie sollten jetzt überhaupt nicht unterwegs sein; denn es liegen drei Meldungen zu je einer Zwischenbemerkung vor. – Zur ersten Zwischenbemerkung erteile ich der Abgeordneten Kerstin Celina von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Kerstin Celina (GRÜNE): Herr Pohl, Ihre Rede war das Maximum an heißer Luft, das wir heute bisher im Landtag gehört haben.

(Volkmar Halbleib (SPD): Genauso ist es! Nichts Neues!)

Wir haben von Ihnen nichts Konkretes in blumigen Worten gehört. Es geht nicht darum, ob wir in Bayern eine flächendeckende Versorgung haben, sondern darum, warum der dringend notwendige Beschluss für die Uniklinik Würzburg im Oktober 2024 nicht auf der Tagesordnung des Haushaltsausschusses stand. Sie sind stellvertretender Vorsitzender des Haushaltsausschusses. Ich frage Sie: Warum stand dieser dringend notwendige Beschluss im Oktober 2024 nicht auf der Tagesordnung? Warum wurde darüber nicht geredet, warum er nicht auf der Tagesordnung steht? Was bedeutet das Ihrer Meinung nach jetzt konkret für die Baupläne der Uni Würzburg?

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Beschlüsse stehen auf der Tagesordnung, wenn sie beschlussreif sind.

Ihre Bemerkung mit den "blumigen Worten" – hat die mit dem Wissenschaftsminister Markus Blume zu tun?

(Zuruf der Abgeordneten Kerstin Celina (GRÜNE))

Sehr blumig ist der Dringlichkeitsantrag der SPD formuliert. Ich glaube, ich habe das Entscheidende dazu gesagt. Wenn es so weit ist, werden wir ihn im Haushaltsausschuss beraten. Dafür müssen aber die Voraussetzungen erfüllt werden.

(Zuruf der Abgeordneten Kerstin Celina (GRÜNE))

Wenn das der Fall ist, werden wir im Haushaltausschuss darüber reden, Frau Kollegin.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön. – Für die zweite Zwischenbemerkung erteile ich dem Abgeordneten Volkmar Halbleib von der SPD-Fraktion das Wort.

Volkmar Halbleib (SPD): Zum Antrag haben Sie gar nicht gesprochen – das sind wir von Ihnen aber fast schon gewöhnt. Wir hörten lediglich allgemeine Ergüsse, Unterstellungen usw. Alles in Ordnung, aber Sie sollten sich zum Antrag und zum Problem mal äußern. Sie sind einer derjenigen, die Doppelstrukturen abschaffen möchten. Was heißt denn das? – Das heißt, dass bestimmte Leistungspakete medizinischer Art an bestimmten Uniklinika so, wie wir es gewohnt sind, nicht mehr erbracht werden, weil sie an anderen Uniklinika erbracht werden. Darin besteht die Schwächung in der Fläche. Jetzt machen Sie genau das. Sie werfen es uns vor; aber Sie bereiten selber eine Baugesellschaft vor, um die Angelegenheit formal aus dem Haushalt herauszubekommen. Damit wollen Sie trickreich die Schuldenbremse und alle möglichen Folgen umgehen. Wir sagen: Wenn wir vernünftige Zukunftsinvestitionen über Kredite finanzieren, ist das die ehrlichste Art und Weise. Ich erwarte von Ihnen, dass Sie, statt blumige Worte zu benutzen, konkret sagen, welche Zeit- und Finanzierungspläne es für Unikliniken in Würzburg, Augsburg und Großhadern gibt. Dann könnten Sie konkret etwas für dieses Thema leisten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Kollege Halbleib, Sie werfen mir vor, dass ich unkonkret bin,

(Volkmar Halbleib (SPD): Ja! – Kerstin Celina (GRÜNE): Ja!)

und sprechen eine Baugesellschaft an. Warum stellen Sie dann keinen Antrag, dass Sie eine Baugesellschaft wünschen mit den Bedingungen a), b), c) als Voraussetzungen?

(Zurufe der Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD) und Ruth Müller (SPD))

Wenn Sie das tun, werde ich mich konkret äußern. Das, was Sie hier ganz abstrakt in Ihren Dringlichkeitsantrag geschrieben haben, verdient nicht mehr als eine abstrakte Antwort. Eine solche habe ich Ihnen gegeben. Wenn Sie sie nicht verstanden haben, versuchen wir das nachher gerne bilateral ein zweites Mal.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön. – Zu einer weiteren Zwischenbemerkung erteile ich dem Abgeordneten Andreas Winhart von der AfD-Fraktion das Wort.

Andreas Winhart (AfD): Werter Kollege Pohl, ich habe eine Frage. Sie haben gerade von "no limits" geschwärmt und zugleich von "solider Haushaltsführung" gesprochen. Wenn Sie am Freitag im Bundesrat etwas zu melden hätten, würden Sie dann für oder gegen das Schuldenpaket stimmen?

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Da waren sehr viele Hypothesen dabei. Wir behandeln heute zu einem späteren Zeitpunkt noch einen Tagesordnungspunkt, bei dem wir über eine existenzielle Herausforderung der Bundesrepublik Deutschland reden werden. Freilich sehen Sie von der AfD diese nicht, weil der Aggressor, der vor der Tür steht, Ihr Verbündeter ist.

(Volkmar Halbleib (SPD): In diesem Punkt haben Sie einmal recht! – Zurufe von der AfD)

Um Ihre Frage zu beantworten, stelle ich klar: Selbstverständlich muss bei der Landes- und Bündnisverteidigung gelten: Whatever it takes! So wichtig Solidität und

wirtschaftliche Stabilität auch sind; im Vergleich dazu, dass man in Abhängigkeit zu einem kommunistischen oder postkommunistischen Diktator in Moskau gerät, ist jenes das kleinere Übel.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege Pohl. – Die nächste Rednerin ist die Kollegin Kerstin Celina für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Sie haben das Wort.

Kerstin Celina (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Herr Pohl, Herr Oetzinger, was Sie in den Reden hier vorgebracht haben, ist unglaublich. An den Unikliniken Bayerns brennt es. Sie haben hier so viel heiße Luft verbreitet – das ist unglaublich.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Das verstehe ich nicht!)

Es geht hier um jahrelang geplante und dringend notwendige Baumaßnahmen. Selbst Ministerpräsident Söder, der hier gerade entfleucht ist, hat höchstpersönlich in den Regionen angekündigt – –

(Widerspruch bei der CSU – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Hier sitzt er doch! – Michael Hofmann (CSU): Hier sitzt er doch!)

– Herr Söder, schön, dass Sie doch noch da sind. – Ministerpräsident Söder hat höchstpersönlich diese Baumaßnahmen in den Regionen angekündigt. Im Juni 2022 waren Sie bei strahlend blauem Wetter höchstpersönlich in Würzburg an der Uniklinik und haben zusammen mit Barbara Stamm

(Heiterkeit bei der CSU)

vor der Bautafel mit dem Logo des Freistaats Fotos gemacht und angekündigt, dass die Baumaßnahme an der Uniklinik Würzburg jetzt endlich beginnen kann, weil einem

Generalplaner der Auftrag gegeben wurde. Dann machten Sie noch lauter schöne Fotos mit Virtual-Reality-Brillen usw. Im Jahr 2023 gab es wieder den gleichen Auftritt mit Ihnen. Außerdem gab es die "Ansage mit Wumms: Augsburg bekommt modernstes Uniklinikum Europas". Was erleben wir dagegen im Haushaltsausschuss? – Wir erleben, dass die großspurigen Ankündigungen, die vor Ort mit dickem Scheck und Bautafeln gemacht wurden, nicht umgesetzt werden, weil die Beschlüsse im Haushaltsausschuss angeblich nicht beschlussreif wären.

(Michael Hofmann (CSU): Es geht ja nicht um den Bau einer Imbissbude!)

Das bedeutet: Wenn wir an den Baumaßnahmen der Unikliniken sparen und diese verzögert werden, ist es natürlich für Sie als Haushälter des Freistaats Bayern angenehm, weil Verzögerungen von Baumaßnahmen dazu führen, dass im jetzigen Haushalt etwas eingespart wird. Aber das hat selbstverständlich Folgen für die Leistungsfähigkeit der Unikliniken als Maximalversorger. Das hat auch Folgen für die Wettbewerbsfähigkeit und die Standortqualität. Das hat auch Folgen für die Gesundheitsversorgung der Menschen vor Ort.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Um es noch einmal konkret zu sagen: Geplant war die Projektfreigabe im Haushaltsausschuss im Oktober 2024, Projektgenehmigung 2026, Baubeginn 2026 und Neubau 2036. Dieser Zeitplan gerät gerade ganz kräftig ins Rutschen. Der erste Termin, die Projektfreigabe, ist schon mal verpasst worden. Dass Neubauten an Unikliniken etwas komplexer sind als der Bau eines Einfamilienhauses, ist selbstverständlich ein echtes Problem. An einer Verzögerung hängt ein Rattenschwanz weiterer Probleme. Teile einer Uniklinik während des laufenden Klinikbetriebs neu aufzustellen, erfordert zum Beispiel, dass Zwischengebäude zu den geplanten Terminen bezugsfertig sein müssen und genutzt werden können.

Ein Beispiel: Ein Klinikbetreiber, der sich darauf verlässt, dass die Bauplanungen so forschreiten wie vorgesehen – dazu brauchen wir die Beschlüsse hier im Haushalts-

ausschuss –, und der zum Beispiel alte medizinische Geräte beim Umzug in den Neubau durch modernere Geräte und durch modernere Behandlungsmethoden ersetzen will, bekommt ein Riesenproblem, wenn der Neubau noch nicht fertig ist und das alte Gerät nicht mehr betrieben werden darf, weil Wartung und Ersatzteile nicht mehr da sind. Dann kommt es bei einer baulichen Verzögerung in einem solch komplexen Umfeld sehr schnell so weit, dass es real zu einer Verschlechterung der Versorgung kommt. Sie sind gerade dabei, diesen Weg bei einigen Unikliniken in Bayern zu beschreiten.

Deswegen ist es so elementar wichtig, die Bauplanungen an unseren Unikliniken nicht weiter zu gefährden. Es gibt genügend andere Stellen im Haushalt, wo Sie sparen können. Aber hier ist definitiv der falsche Platz dafür. Anstatt sich immer wieder für einzelne Planungsfortschritte selbst zu feiern, sollten Sie sich darauf konzentrieren, die Umsetzung solch grundlegender Vorhaben wie das in Würzburg durchzuziehen und in Ihren Finanzplanungen die Prioritäten richtig zu setzen.

Übrigens, letzter Satz dazu: Sie können uns GRÜNEN dankbar sein, weil wir Ihnen die Möglichkeit eröffnet haben, gegebenenfalls Gelder aus dem Sondervermögen für die Infrastrukturen im Bund zu akquirieren.

(Unruhe bei der CSU)

Für Zögern und Zaudern ist jetzt keine Zeit mehr!

(Michael Hofmann (CSU): Fremde Federn!)

Setzen Sie die Baumaßnahmen um nach Ihren eigenen Zeitplänen, und halten Sie sich an Ihre eigenen Vorgaben!

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Das ist doch noch gar nicht in Kraft getreten!)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Kollegin. Sie brauchen auf den Herrn Pohl nicht zu reagieren. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist hiermit geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 19/5830 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD-Fraktion und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – Das sind die CSU-Fraktion, die Fraktion der FREIEN WÄHLER und die AfD-Fraktion. Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist der Dringlichkeitsantrag hiermit abgelehnt.

Ich gebe nun das Ergebnis der vorher durchgeföhrten Wahl einer Vizepräsidentin des Bayerischen Landtags, Tagesordnungspunkt 3, bekannt. Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhält. Bei der Ermittlung der erforderlichen Mehrheit werden Enthaltungen nicht berücksichtigt. An der Wahl haben 165 Abgeordnete teilgenommen. Ungültig war 1 Stimme. Auf Frau Abgeordnete Ramona Storm entfielen 29 Ja-Stimmen und 134 Nein-Stimmen. Der Stimme enthalten hat sich 1 Abgeordneter. Damit hat Frau Abgeordnete Ramona Storm nicht die erforderliche Mehrheit der Stimmen erreicht. Tagesordnungspunkt 3 ist damit erledigt.

Ich gebe außerdem noch das Ergebnis der vorher durchgeföhrten Wahl eines Schriftführers des Bayerischen Landtags, Tagesordnungspunkt 4, bekannt. Auch hier ist gewählt, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhält. Bei der Ermittlung der erforderlichen Mehrheit werden Enthaltungen nicht berücksichtigt. An dieser Wahl haben 163 Abgeordnete teilgenommen. Ungültig war keine Stimme. Auf Herrn Abgeordneten Dieter Arnold entfielen 29 Ja-Stimmen und 133 Nein-Stimmen. Der Stimme enthalten hat sich 1 Abgeordneter. Damit hat auch der Abgeordnete Dieter Arnold nicht die erforderliche Mehrheit der Stimmen erreicht. Der Tagesordnungspunkt 4 ist damit erledigt.

Weiter geht es mit den Dringlichkeitsanträgen.